

Iran: Präsidentschaftswahlen 2013 mit überraschendem Ausgang

Henner Fürtig

Am 14. Juni 2013 waren knapp 50 Millionen wahlberechtigte Iranerinnen und Iraner aufgerufen, ihren neuen Präsidenten zu bestimmen. Bereits im ersten Wahlgang sicherten sie dem Geistlichen Hassan Rowhani mit 50,7 Prozent der Stimmen den Sieg.

Analyse

Angesichts der desolaten Wirtschaftslage und der immer noch nicht überwundenen innenpolitischen Krise im Ergebnis der turbulenten Präsidentschaftswahlen von 2009 fanden die Wahlen in einer sehr angespannten Atmosphäre statt. Allenthalben wurde prognostiziert, dass das Lager der „Prinzipientreuen“ um Revolutionsführer Khamenei seinen Erfolg bei den Parlamentswahlen von 2012 wiederholen und einen seiner Kandidaten in das Präsidentenamt entsenden würde. Der Sieg des gemäßigten Reformers Hassan Rowhani gilt deshalb als große Überraschung.

- Das Regime und insbesondere Revolutionsführer Khamenei wollten unter allen Umständen eine Wiederholung der Massenproteste von 2009 vermeiden und gleichzeitig die Wahlen erneut als wichtiges Legitimierungsinstrument installieren. Nach der sorgfältigen Vorauswahl der Kandidaten durch den Wächterrat war der Name des Siegers demgegenüber zweitrangig.
- Mit der Wahl Hassan Rowhanis kann die Reintegration des Reformlagers in das Regime gelingen. Dessen Ausschluss hatte die Basis des Regimes nach 2009 erheblich verengt und damit geschwächt.
- Laut Wahlprogramm von Hassan Rowhani sind pragmatische Kurskorrekturen, jedoch keine drastische Umgestaltung der Gesellschaft zu erwarten. Als Geistlicher im Präsidentenamt stellt er zudem nach den „Ausnahmen“ der Laien Banisadr und Ahmadinejad wieder die „Regel“ her. Das Machtmonopol des Revolutionsführers ist in keiner Weise gefährdet.
- Trotzdem verschaffen 18 Millionen unangefochtener Stimmen Rowhani eine enorme Legitimitätsbasis für ein selbstbewussteres Reformprogramm. Neben der Integration seiner Wahlgegner wird für seinen Erfolg entscheidend sein, wie rasch und nachhaltig er die Wirtschaftskrise mildert, ohne sich die Revolutionswächter (Pasdaran) zum Feind zu machen, die die mächtige Schattenwirtschaft beherrschen.

Schlagwörter: Iran, Präsidentschaftswahlen, Wirtschaftslage, Krise, Hassan Rowhani

Die Schatten der Präsidentschaftswahlen von 2009

Die umstrittenen Präsidentschaftswahlen von 2009 leiteten die bisher schwerste innenpolitische Krise der Islamischen Republik Iran (IRI) seit ihrer Entstehung 1979 ein, weil ein Gründungsmythos zur Disposition stand: Die Revolution ist gemeinsame Sache aller Iraner und die jeweilige Führung muss sich in regelmäßigen Abständen durch Wahlen vergewissern, dass ihr Kurs von der Mehrheit der Bevölkerung mitgetragen wird.

Obwohl der „Wächterrat“ regelmäßig zahlreiche Kandidaten vorab ausschloss, die seiner Ansicht nach nicht für die „Ziele und Werte der islamischen Revolution“ eintraten, blieben die Wahlen doch grundsätzlich kompetitiv. Deshalb lohnte sich nach Meinung der Bevölkerungsmehrheit der Urnengang trotz aller Einschränkungen: 2001 lag die Beteiligung an den Präsidentschaftswahlen bei 68 Prozent, 2005 bei 63 Prozent und 2009 bei 85 Prozent. Bei diesen Zahlen ist zu berücksichtigen, dass in Iran keine Wahlpflicht besteht.

Die politische Krise

Erst vor diesem Hintergrund wird verständlich, welch Erstaunen die Mitteilung der Wahlkommission am Wahlabend des 12. Juni 2009 auslöste, wonach der Amtsinhaber Ahmadinejad 62,6 Prozent der Stimmen, sein populärer Herausforderer Mussawi aber nur 33,8 Prozent erreicht habe.¹ Das widersprach allen Erwartungen, nicht zuletzt dem „über Dekaden üblichen Verhalten der iranischen Wähler“ (Berman und Rintoul 2009: 2). Besonders der Abstand zwischen Erst- und Zweitplatziertem erschien extrem unglaubwürdig und nährte den Verdacht massiver Manipulation. Aus dem Erstaunen wurde Entsetzen, als Revolutionsführer Khamenei das Ergebnis ohne weitere Prüfung am 13. Juni 2009 zu einer „göttlichen Entscheidung“ erklärte und alle Iraner aufforderte, sich hinter dem gewählten Präsidenten zu vereinen.² Schock und Unglauben über die Wahlergebnisse wichen bald massiven Protesten, die schließlich in der „Grünen Bewegung“ organisierte Form annahmen. Je mehr sich die Auseinandersetzungen in der Folgezeit zuspitzten, desto weniger

ging es allein um den mutmaßlichen Wahlbetrug. Einige Führer der „Grünen Bewegung“ forderten schließlich sogar die Abschaffung der „Herrschaft des Rechtsgelehrten“ (velayat-e faqih) und damit des Grundpfeilers des klerikalen Herrschaftssystems der Islamischen Republik Iran. Mit der „Grünen Bewegung“ musste sich die klerikale Führung damit erstmals nach 1979 wieder auf einen Gegner einstellen, der ihre Macht grundsätzlich in Zweifel zog. In der Folge wurden tausende tatsächliche oder vermeintliche Gegner des Regimes verhaftet, viele gefoltert und getötet. Der „Grünen Bewegung“ nahestehende Organisationen und Medien wurden verboten, ihre beiden populärsten Führer, Mir Hossein Mussawi und Mehdi Karrubi, unter strengen Hausarrest gestellt.

Allerdings offenbarte das klare Bekenntnis von Revolutionsführer Khamenei zu seinem Schützling Ahmadinejad bald seine Schattenseiten; der wiedergewählte Präsident interpretierte es quasi als Freibrief. Er gebärdete sich immer unabhängiger und forderte den Revolutionsführer bisweilen direkt heraus. Dieser schlug zurück: Ihm ergebene Medien bezeichneten Ahmadinejad und seine Anhänger fortan als „Abweichler“.

Die Verteidiger des Status Quo, sei es gegen „Reformen“ oder „Abweichung“, bilden seit 2009 als „die Prinzipientreuen“ (osulgaran) ein eigenes politisches Lager. Im Dezember 2010 gaben sie sich eine Charta, zu deren zwölf Grundsätzen die bedingungslose Bewahrung der von Khomeini formulierten Grundprinzipien des islamischen Staates, namentlich der „Herrschaft des Rechtsgelehrten“, gehört.

Durch die massive Verfolgung und Einschüchterung der Reformen und die konzertierte Behinderung der Ambitionen Ahmadinejads erreichten die „Prinzipientreuen“ einen eindeutigen Sieg bei den Parlamentswahlen im März 2012. Dieser Erfolg überdeckte jedoch inhärente Schwächen. Zwar hatten die seit 1979 geführten Flügelkämpfe um Alternativen der revolutionären Entwicklung diese bisweilen behindert und verlangsamt, aber dem Revolutionsregime auch Flexibilität und einen beträchtlichen Spielraum verschafft. Solange um ihren Kurs gerungen wird, bleibt die Revolution ein aktives Projekt. Die seit 2009 erfolgte „Austreibung“ der Reformen aus allen Machtzirkeln und die Brandmarkung jeglicher Art von „Abweichung“ hat das Regime nun auf nur eine seiner ursprünglichen Komponenten reduziert. Die personelle und programmatische Verengung verhinderte keines-

1 Vgl. *Islamic Republic of Iran Broadcasting* (IRIB), Teheran, 12. Juni 2009.

2 Vgl. *Middle East Economic Survey* (MEES), (2009), 52, 25, 22, Nicosia.

falls weitere interne Machtkämpfe, minderte aber die Anpassungsfähigkeit des Regimes. Eine bloße Verteidigung des kleinsten gemeinsamen Nenners der „Prinzipientreuen“ bedeutete eine rein passive, reaktive Strategie der Bewahrung des Status Quo.

Die wirtschaftliche Krise

Eine tiefe Wirtschaftskrise begleitete und verschärfte die politische Krise. Gemeinsam verursachten sie eine breite gesellschaftliche Unzufriedenheit, die den Rahmen für die Präsidentschaftswahlen von 2013 bildete. Die gegenwärtige Wirtschaftskrise erreicht dabei das Ausmaß der Jahre 1988 bis 1990, als die immensen Zerstörungen des achtjährigen Krieges mit dem Irak den greisen Revolutionsführer Khomeini zwangen, von seiner Vision des „Exports der islamischen Revolution“ Abstand zu nehmen und zunächst das Überleben seiner akut gefährdeten Islamischen Republik zu sichern. Folglich organisierte er die Übernahme des erheblich aufgewerteten Präsidentenamtes durch den Pragmatiker Rafsanjani, dem es temporär und partiell gelang, die internationale Isolation seines Landes zu durchbrechen und ein gewisses Wirtschaftswachstum zu erreichen.

Davon war Iran in der Zeit der Präsidentschaft von Mahmud Ahmadinejad weit entfernt. Seit 2005 hat eine Mischung aus hausgemachter Misswirtschaft und rigiden internationalen Sanktionen die iranische Wirtschaft auf eine rasante Talfahrt geschickt. Seit Juni 2012 verzeichnete das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ein Negativwachstum von fast 2 Prozent, für das kommende Jahr wird ein Negativwachstum von 1,3 Prozent erwartet. Das liegt nicht zuletzt an der Halbierung der überlebenswichtigen Erdölexporte im vergangenen Jahr. Selbst die erheblich reduzierten Deviseneinnahmen aus dem Erdölexport können nicht effektiv eingesetzt werden, weil Iran sanktionsbedingt vom internationalen Bankenverkehr weitgehend ausgeschlossen ist (Behbudi 2013: 25). Der daraus resultierende Mangel an Rohstoffen, Ersatzteilen und anderen Grundstoffen führte zu einem extrem niedrigen Auslastungsgrad der Industrie und damit einhergehend zu hoher Arbeitslosigkeit. Gerade in der politisch relevanten Altersgruppe der 15- bis 30-Jährigen, der immerhin 40 Prozent der Bevöl-

kerung angehören, beträgt die Arbeitslosenquote 30 Prozent.³

Laut Internationalem Währungsfond büßte die iranische Währung binnen Jahresfrist über ein Drittel ihres Wertes ein,⁴ und das Land liegt mittlerweile auf Platz drei der internationalen Inflationsrangliste. Der Preisanstieg traf dabei die mittleren und niedrigen Einkommensgruppen besonders hart.

Die politischen Lager und ihre Kandidaten 2013

Nach acht Jahren Amtszeit eines erratisch und – spätestens in seiner zweiten Wahlperiode – auch renitent agierenden Präsidenten Ahmadinejad war Revolutionsführer Khamenei zunächst daran gelegen, Republik und Regime wieder in ein ruhigeres Fahrwasser zu steuern. Das hätte bedeutet, einen besonders loyalen Kandidaten aus dem Lager der „Prinzipientreuen“ zu unterstützen. Andererseits sollte unter allen Umständen eine Wiederholung der Massenproteste von 2009 vermieden werden. Zum Leidwesen Khameneis ließ sich aber eine gleichzeitige Realisierung beider Zielsetzungen nicht garantieren. Das Durchpeitschen eines botmäßigen Kandidaten hätte sehr wohl neue Unruhen entfachen können. Der nach fast 25 Dienstjahren mittlerweile politisch erfahrene Revolutionsführer trat deshalb die „Flucht nach vorn“ an.

In seiner Rede zum iranischen Neujahr am 21. März 2013 rief er seine Landsleute zur aktiven Teilnahme an den bevorstehenden Präsidentschaftswahlen auf, um der Welt ein „Beispiel für die Lebendigkeit der iranischen Demokratie“ zu liefern (Etebari 2013: 1). Gleichzeitig würden damit die „Fundamente des islamischen Systems gestärkt“ (Behbudi 2013: 24). Es werden nicht zuletzt die einschneidenden Erfahrungen des „Arabischen Frühlings“ gewesen sein, die bei Khamenei dieses Umdenken auslösten. Wenn schon nicht in den Augen der Weltöffentlichkeit, so durfte die Islamische Republik Iran keinesfalls in der Wahrnehmung ihrer Bevölkerung als rigide, letztlich „stupide“ Autokratie erscheinen, ein Regimetypus, den die Völker in so vielen arabischen Nachbarstaaten gerade

3 Vgl. Kutscher, Rico (2013), *Wahlen in Iran: Inflation und Arbeitslosigkeit belasten das islamische Land*, online: <www.nzz.ch/aktuell/wirtschaft/wirtschaftsnachrichten/inflationund-ArbeitslosigkeitbelastendasislamischeLand.html> (14. Juni 2013).

4 Online: <www.imf.org/external/country/IRN/index.htm> (26. Juni 2013).

hinweggefegt hatten. Erst jetzt erkannte Khamenei den Legitimitätssichernden Wert der bis 2009 durchgeführten Wahlen in vollem Umfang an. Da der Wächterrat durch sein Selektionsverfahren erneut jede tatsächliche Gefährdung des Systems ausschließen würde, konnte Khamenei erklären, dass er sich neutral verhalten und das möglichst zahlreiche Votum der Wähler akzeptieren würde (Dorsey 2013: 1). Dennoch blieb garantiert, dass der neue Präsident nur aus einem der drei bestehenden Lager kommen würde: dem der „Prinzipientreuen“, dem der Anhänger von Ahmadinejad oder dem der Reformer.

Die „Prinzipientreuen“

Im Februar 2013 beteuerten 260 der insgesamt 290 Parlamentsabgeordneten ihre „unerschütterliche Treue“ zu Revolutionsführer Khamenei (Blanche 2013: 21). Die Botschaft war unmissverständlich: Nach den Unruhen der vergangenen Jahre sei nur auf die „Treuesten der Treuen“ Verlass, und Khamenei tue gut daran, sich im bevorstehenden Wahlkampf mit seinem ganzen Gewicht hinter „prinzipientreue“ Kandidaten zu stellen. Aus diesem Lager erklärten der ehemalige Außenminister Ali Akbar Velayati, Teherans Oberbürgermeister Mohammad Baqr Qalibaf und der ehemalige Parlamentssprecher Gholam Ali Haddad-Adel ihre Kandidatur für das Präsidentenamt.

Velayati hob seine Erfahrungen aus sechzehnjähriger Tätigkeit als Außenminister und als gegenwärtiger Sicherheitsberater Khameneis hervor. Zudem beteuerte er, sich der Unterstützung der hohen Geistlichkeit in Qom versichert zu haben. Qalibaf verwies auf seine Managementqualitäten als Oberbürgermeister der Hauptstadt und erinnerte an seine Verdienste als Luftwaffenchef der Pasdaran. Haddad-Adel blieb demgegenüber unscheinbar; er verließ sich offenbar ganz auf seine verwandtschaftlichen Beziehungen zu Ali Khamenei, denn seine Tochter ist mit Khameneis Sohn Mojtaba verheiratet.

Diese „Prinzipientreuen“ betonten stets, zwar zunächst getrennt um Anhängerschaft zu werben, gegen Ende des Wahlkampfes aber diejenigen von ihnen zu unterstützen, dem die meisten Chancen eingeräumt würden. Die Dreiergruppe wurde deshalb in den Medien fortan als die „2+1“ bezeichnet. Dieses wenig glaubwürdige Arrangement geriet vollends aus dem Gleichgewicht, als Anfang Mai

2013 zusätzlich der iranische Chefunterhändler in den Nuklearverhandlungen, Said Jalili, seine Kandidatur bekannt gab. Angesichts der Nähe Jalilis zu Khamenei mutmaßten viele Beobachter – nicht zuletzt die bisherigen „prinzipientreuen“ Kandidaten –, der Revolutionsführer habe mit Jalili bereits seine Vorauswahl getroffen. Folgerichtig entbrannte ein erbitterter Wahlkampf gegeneinander, der die konservative Presse orakeln ließ, das „prinzipientreue“ Lager verspiele seinen Wahlkampf Vorteil (Etebari 2013a: 2 f.).

Das Lager Ahmadinejads

Ahmadinejad, der nach zweimaliger Präsidentschaft nicht mehr kandidieren konnte, unterstützte seinen engen Vertrauten, Gesinnungsgenossen und den Schwiegervater seines Sohnes, Esfandiyar Rahim Mashai. Er machte keinen Hehl aus seiner Absicht, auch nach dem Ende seiner Präsidentschaft weiter mitregieren zu wollen. Eine solche Neuauflage des Putin-Medwedjew-Modells in Iran hätte ihm später eine erneute eigene Kandidatur für das Präsidentenamt ermöglicht. Angesichts der heftigen Angriffe aus dem Lager der „Prinzipientreuen“ und des Revolutionsführers gegen Ahmadinejad hätte dies auch eine gewisse „Lebensversicherung“ für ihn bedeutet. Mashai war in der Vergangenheit als Wortführer einer „neuen Denkschule“ aufgefallen, die eine Mischung aus iranischem Nationalismus, schiitischem Messianismus und antiklerikalen Tendenzen propagiert(e). Seine Kritiker warfen ihm deshalb vor, er stelle die klerikale Herrschaft als solche in Frage (Behbudi 2013: 25). Dieser in der IRI strafbare Tatbestand brachte nicht nur Mashai, sondern auch seinen Ziehvater in unmittelbare Gefahr.

Trotz der zunehmenden Kritik an seiner Amtsführung und dilettantischen Wirtschaftspolitik war sich Ahmadinejad mit Mashai einig darin, dass ein populistischer, auf die Verteilung von Wohltaten setzender Kurs bei den armen Stadtbewohnern und bei der dürftig lebenden ländlichen Bevölkerung durchaus Anklang finden würde. Angesichts der Schwäche der Reformer und der Zerstrittenheit der „Prinzipientreuen“ rechnete sich Mashai zumindest Chancen für den Einzug in die Stichwahl aus. In dieser, das hatte das Finale der Präsidentschaftswahl zwischen Rafsanjani und Ahmadinejad 2005 bewiesen, sind Überraschungen durchaus möglich.

Die Reformer

Das Reformlager debattierte im Vorfeld der Wahlen vor allem zwei Fragen: die eines Wahlboykotts und die eines geeigneten Kandidaten. Man befürchtete, dass eine Teilnahme an nur vermeintlich kompetitiven Präsidentschaftswahlen dem Regime nach der brutalen Unterdrückung der Opposition seit 2009 wieder Legitimität verschaffen werde. Mahner gaben allerdings zu bedenken, dass ein Boykott den Ausschluss der Reformer vom politischen Prozess nur beschleunigen werde (Farhi 2013: 3). Zum anderen war unklar, welcher Kandidat mit einer klaren Reformagenda überhaupt noch auf freiem Fuß und nicht im Gefängnis oder unter Hausarrest war und zur Wahl antreten konnte. Auch hatten sich wichtige Reformer in den Augen des Regimes bereits so stark diskreditiert, dass ihre Zulassung durch den Wächterrat extrem unwahrscheinlich erschien. Bei Personen, die dennoch in Frage kamen, war hingegen fraglich, ob sie denn tatsächlich noch zum Reformlager zu zählen seien.

Diese Sorgen zerstreuten sich, als der zweimalige Präsident Irans, Vertraute Khomeinis und Vorsitzende des Schlichtungsrates, Ali Akbar Hashemi Rafsanjani, am 11. Mai 2013, wenige Stunden vor dem Ende der Anmeldefrist, seine Kandidatur verkündete. Rafsanjani, einer der Väter der Revolution und lange Jahre deren graue Eminenz, war schwerlich als Oppositioneller einzuordnen. Aber er hatte Sympathien für die „Grüne Bewegung“ geäußert und das gewaltsame Vorgehen des Regimes 2009 scharf kritisiert. Allein das machte ihn in den Augen des Revolutionsführers und der Prinzipientreuen zu einem „unsicheren Kantonisten“ – und aus Sicht der Reformer zu einer wählbaren Integrationsfigur. Auch Mir Hussein Musawi, der Gegner Ahmadinejads 2009 und danach als Führer der „Grünen Bewegung“ unter Hausarrest gestellt, war als Ministerpräsident treuer Diener der IRI gewesen, wenn auch längst nicht so prominent wie Rafsanjani. Nicht zu unrecht fürchtete das Regime deshalb eine Wiederholung des Wahlergebnisses von 2009 – möglicherweise mit noch mehr Stimmen für den Reformkandidaten. Nachdem ihm entsprechende Umfrageergebnisse vorgelegt worden waren (Parsi 2013: 3), schloss der Wächterrat deshalb Rafsanjani, zusammen mit Mashai, am 21. Mai 2013 von der Präsidentschaftswahl aus. Dies verdeutlichte einmal mehr die Nervosität und Schwäche des Regimes und drohte,

Khameneis Strategie einer Relegitimierung durch die bevorstehenden Wahlen zu torpedieren.

Die Wahl

Bis zum Ende der Meldefrist am Abend des 11. Mai 2013 hatten 686 Personen, darunter 30 Frauen, ihre Kandidatur für die Präsidentschaftswahlen angemeldet. Das waren noch einmal deutlich mehr als 2009, als 475 Personen angetreten waren, darunter mit 42 Kandidatinnen allerdings mehr Frauen (Shakeel 2013: 1). Bis zum 23. Mai 2013 musste der Wächterrat daraus die Personen auswählen, die tatsächlich zur Wahl antreten durften. 2009 waren dies ganze vier Kandidaten gewesen. Die enorme Diskrepanz kann nicht allein mit der angeblich fehlenden Verfassungstreue der ausgeschlossenen Interessenten erklärt werden; diese dürfte mehr als einem Prozent der Bewerber zu bescheinigen sein. Die wichtigste Aufgabe des Wächterrates bestand letztlich darin, nur Personen zuzulassen, die – auf welchem Flügel auch immer – Insider des Regimes sind und sich ein gewisses Vertrauen der Herrschenden erworben haben. Nach dem Urteil des Wächterrates vom 21. Mai 2013 war immerhin klar, dass dieses Mal acht Personen antreten durften: die bekannte 2+1-Gruppe, bestehend aus Ali Akbar Velayati, Mohammad Baqr Qalibaf und Gholam Ali Haddad-Adel, dazu Said Jalili, der ehemalige Pasdaran-Chef Mohsen Rezai, der als „Unabhängiger“ firmierende ehemalige Erdölminister Mohammad Gharrazi, der ehemalige Vizepräsident Mohammad Reza Aref und Hassan Rowhani, der einzige Geistliche im Bewerberfeld.

Die Strategien der Bewerber

Angesichts der bisherigen politischen Biographien der Bewerber durfte kaum von einem polarisierenden Wahlkampf ausgegangen werden. Alle hatten sich Meriten im System erworben. Die politische Bandbreite reichte lediglich von „prinzipientreu“ bis „gemäßigt (reformerisch)“, jedoch mit einem deutlichen Übergewicht der „Prinzipientreuen“. Diese setzten allerdings ihre internen Grabenkämpfe unvermindert fort. Sie alle versicherten zwar ihre unbedingte Loyalität zum Revolutionsführer, aber Velayati betonte darüber hinaus seine „Weltläufigkeit“ und sein enges Vertrauensverhältnis zum klerikalen Establishment in Qom.

Qalibaf gerierte sich als „Problemlöser“, als Manager, dem bei aller Prinzipientreue noch am ehesten zuzutrauen sei, die gravierenden Wirtschaftsprobleme zu lösen. Bis zum 10. Juni 2013 lag er mit dieser Ausrichtung in allen Meinungsumfragen vorn, wenn auch deutlich entfernt von der absoluten Mehrheit. Der weit abgeschlagene Gholam Ali Haddad-Adel zog daraufhin die verabredeten Konsequenzen und beendete seine Kandidatur. Velayati hingegen torpedierte die Formel und kämpfte weiter. Die „unabhängigen“ Kandidaten blieben unscheinbar. Weder Gharrazi mit seinem technokratischen Programm noch Rezai mit seiner Attitüde des *elder statesman* konnten bei den Wählern punkten. So richteten sich alle Augen, die jenseits der „Prinzipientreuen“ nach Alternativen suchten, auf die „Gemäßigten“, und hier besonders auf Hassan Rowhani.

Rowhani war von 1992 bis 2000 stellvertretender Parlamentssprecher. Er gehört seit 1999 dem Expertenrat an und sitzt seit 1989 im „Obersten Rat für Nationale Sicherheit“. Als Sekretär dieses Rates fungierte er zwischen 1989 und 2005 als iranischer Chefunterhändler im Nukleardisput mit dem Westen. In dieser Eigenschaft baute er ein enges Vertrauensverhältnis zu den damaligen Präsidenten Rafsanjani und Khatami auf, wobei ihm insgesamt der Pragmatismus des Erstgenannten näher stand als der Reformwille des Zweiten. Rowhani gehörte zu den ersten und konsequentesten Kritikern der Wirtschafts- und Außenpolitik Ahmadinejads, die er als Katastrophe für sein Land bezeichnete. Ähnlich wie sein politischer Freund Rafsanjani setzte er sich für einen fairen Umgang mit der „Grünen Bewegung“ und die Aufhebung des Hausarrests von Mussawi und Karrubi ein. Immer wieder betonte er, dass eine funktionierende Gesellschaft auch Kritikern Gehör schenken und deren Sicherheit garantieren müsse (Maloney 2013: 2). Kritik an Ahmadinejads Politik bei gleichzeitiger Betonung der uneingeschränkten Gültigkeit von Recht und Gesetz erwiesen sich als ausgesprochen wirksame Wahlkampfaktik. Der zuvor von der Kandidatur ausgeschlossene Rafsanjani und der populäre Reformler Khatami zeigten sich mit Rowhani gemeinsam auf Wahlplakaten und forderten ihre Anhängerschaft auf, für Rowhani zu stimmen. Folgerichtig verringerte er seinen Rückstand zu Qalibaf in den Meinungsumfragen von Tag zu Tag.

Auf Bitten Khatamis zog dessen ehemaliger Vizepräsident Mohammad Reza Aref ebenfalls seine Kandidatur zurück und reduzierte die Zahl

der Bewerber somit auf sechs. Dieser Schritt zeigte, dass das Reformlager aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt hatte: Es unterstützte nun einen Kandidaten, dessen Reformagenda weniger ambitioniert war, der aber gerade deshalb im Rahmen der bestehenden Machtverhältnisse reale Chancen auf einen Sieg besaß. Das Kalkül ging auf: Am 12. Juni 2013 überholte Rowhani Qalibaf erstmals in den Umfragen, auch wenn er die absolute Mehrheit nach wie vor verfehlte. Selbst jetzt hielt Velayati an seiner aussichtslosen Kandidatur fest und schwächte dadurch die Chancen des stärksten „prinzipientreuen“ Kandidaten.

Das Ergebnis

Trotz dieses deutlichen Trends blieb es eine Überraschung, als der Wahlleiter am Abend des 14. Juni 2013 Hassan Rowhani schon nach dem ersten Wahlgang mit 50,7 Prozent der Stimmen zum Sieger erklärte. Zwar ist das der niedrigste Prozentsatz, mit dem je ein Kandidat seit 1979 Präsident wurde, aber der Sieg wird erheblich durch die hohe Wahlbeteiligung von 72 Prozent und insbesondere durch die Tatsache aufgewertet, dass er schon im ersten Wahlgang erzielt wurde. Der Zweitplatzierte Qalibaf kam auf 16,6 Prozent, Velayati wurde mit 6,2 Prozent sogar noch von Jalili (11,4 Prozent) und Rezai (10,6 Prozent) überholt.⁵ Trotzdem hätte Velayatis rechtzeitiger Rückzug vermutlich Qalibaf den Einzug in die Stichwahl ermöglicht.

Umstandslos bestätigte der Wächterrat das Ergebnis am 25. Juni 2013 und damit indirekt auch die Strategie von Revolutionsführer Khamenei. Obwohl die ihm am nächsten stehenden Kandidaten, Chefunterhändler Jalili und Sicherheitsberater Velayati, sich nicht einmal den zweiten Platz gesichert hatten, bedeutete das Zustandekommen der Wahl als solches einen Erfolg. Vier Jahre nach den Ereignissen von 2009 haben die Kandidaten 36,7 Millionen Wählerinnen und Wähler an die Urnen geführt und damit aus Sicht des Revolutionsführers den Status quo ante im Legitimationsniveau des Regimes wiederhergestellt.

⁵ Online: <www.iranreview.org/content/Documents/High-Voter-Turnout-Victory-for-Iran.htm> (18. Juni 2013).

Die Chancen des neuen Präsidenten

Die „Prinzipientreuen“ haben die Wahlen nicht verloren, weil sie schwach, sondern weil sie uneins waren. Sie verfügen weiterhin über eine veritable Mehrheit im Parlament, dominieren den Sicherheitsapparat, beherrschen große Teile des Mediensektors und stehen in einem nahezu symbiotischen Abhängigkeitsverhältnis zu Revolutionsführer Khamenei. Nach den Erfahrungen mit dem Reformpräsidenten Khatami (1997-2005) und dem „Abweichler“ Ahmadinejad (2005-2013) wurde in ihren Gremien und Medien ernsthaft darüber diskutiert, das Präsidentenamt gänzlich abzuschaffen (Blanche 2013: 22). Hassan Rowhani sind diese Vorbehalte wohlbekannt, und er hat sich erkennbar bemüht, sie zu entkräften. Seine Äußerung, von nun an Präsident aller Iraner sein zu wollen, war deshalb weit mehr als eine Floskel. Seine ersten Äußerungen nach dem Wahlsieg über die künftige Zusammensetzung seiner Regierung künden kaum von einem ehrgeizigen Reformprogramm, sondern eher vom Versuch, Gräben innerhalb des Regimes zuzuschütten. Rowhanis Ideal wäre wohl eine Allparteienregierung aus Technokraten, Experten und Pragmatikern, bei denen Kompetenz und Leistung vor persönlicher Ergebenheit stehen.

Trotz des durch die Wahlen errungenen Legitimitätsgewinns hätten wohl weder Khamenei noch die „Prinzipientreuen“ den Sieg eines ausgewiesenen Reformers geduldet. Der Pragmatiker Rowhani war das Maximum ihrer Kompromissbereitschaft, zumal er als Geistlicher erkennbar einer der Ihren ist und nach dem Laien Ahmadinejad wieder „Normalität“ hergestellt hat. Wenn sich also am Regierungshandeln in naher Zukunft wohl weniger ändern wird, als von vielen Reformern und Oppositionellen erhofft, dann doch mit Sicherheit dessen Form und Stil. Augenmaß und Vernunft werden Maßlosigkeit und Fanatismus ablösen. Der neue iranische Präsident wird großen Wert darauf legen, seine Regierung im Ausland wieder als verlässlichen und berechenbaren Akteur erscheinen zu lassen. Nur so sind internationale Investoren und Wirtschaftspartner zu gewinnen, die Iran – ungeachtet des herrschenden Sanktionsregimes – für die Überwindung seiner tiefen Wirtschaftskrise benötigt. Hierin besteht auch Interessenübereinstimmung mit Khamenei.

Mittelfristig bleibt abzuwarten, ob sich Hassan Rowhani mit nüchternem Pragmatismus bescheiden oder ein eigenes, ehrgeizigeres Programm

entwickeln wird. Seine 18 Millionen Wählerstimmen bieten ihm dafür eine starke Rückendeckung. Natürlich wird der Revolutionsführer, wie seit 1979, in allen substantiellen politischen Fragen, wie etwa des iranischen Nuklearprogramms oder der Beziehungen zum Westen und insbesondere zu den USA, das letzte Wort behalten. Aber die „Islamische Republik“ benötigt beide Komponenten ihres Staatsnamens: Auch wenn der „islamische“ Aspekt das Primat haben mag, so ist er doch ohne den „republikanischen“ nicht lebensfähig. Insofern bildete die Konstante des „Islamischen“ in der gesamten iranischen Geschichte seit 1979 gewissermaßen das Standbein des Systems. Seine Variabilität und Anpassungsfähigkeit verdankt es allerdings in erster Linie seinem „Spielbein“, der republikanischen Komponente. Hier standen nicht zuletzt die Präsidenten für klar voneinander unterscheidbare Entwicklungsperioden: einer visionären unter Präsident Khamenei, einer pragmatischen unter Rafsanjani, einer reformorientierten unter Khatami und einer restaurativen unter Ahmadinejad. Auch Hassan Rowhani hat gute Chancen, seine Präsidentschaft mit einem eigenen „Adjektiv“ zu versehen.

Literatur

- Blanche, Ed (2013), Showdown in Iran, in: *The Middle East*, 443.
- Behbudi, Behrooz (2013), Despite Wild Card Candidates – Iranian Voters Doubtful of Election Validity, in: *The Middle East*, 444.
- Berman, Daniel, und Thomas Rintoul (2009), *Preliminary Analysis of the Voting Figures in Iran's 2009 Presidential Elections*, London: Chatham House.
- Dorsey, James M. (2013), *Iran's New President: Averting a Popular Revolt*, Singapore: RSIS Commentaries, 109.
- Etebari, Mehrun (2013), *Iran Press Report: The Election Season Begins*, Washington D.C.: Brookings, 9. Mai.
- Etebari, Mehrun (2013a), *Iran Press Report: What to Make of the Glut of Presidential Candidates?*, Washington D.C.: Brookings, 17. Mai.
- Farhi, Farhideh (2013), *Reform Politics and Iran's June Presidential Election*, Washington D.C.: POMED Policy Brief, Mai.
- Maloney, Suzanne (2013), *Iran's Elections: The Men Who May Be Also-Rans*, Washington D.C.: Saban Center for Middle East Policy.
- Parsi, Rouzbeh (2013), *The Usual Surprise? Iran's Presidential Elections*, Paris: EUISS Brief, 21. Juni.
- Shakeel, Mohammad (2013), *Iran: Conservatives given Free Rein by the Guardian Council*, London: RUSI Analysis, 22. Mai.

■ Der Autor

Prof. Dr. Henner Fürtig ist Direktor des GIGA Instituts für Nahost-Studien. Zu seinen Spezialgebieten in der Forschung zählen die neueste Geschichte und Politik des Vorderen Orients – insbesondere der Golfregion; dazu zahlreiche Veröffentlichungen.

E-Mail: <henner.fuertig@giga-hamburg.de>, Webseite: <<http://staff.giga-hamburg.de/fuertig>>

■ GIGA-Forschung zum Thema

Aktuell wird Iran in drei unterschiedlichen Forschungszusammenhängen behandelt: Reaktionsmuster auf externen Druck werden im Rahmen des Forschungsteams „Ursachen und Wirkungen von Sanktionen“ im GIGA Forschungsschwerpunkt 2 „Gewalt und Sicherheit“ untersucht; im gleichen Forschungsschwerpunkt stehen Fragen der islamistischen Ideologie auf der Agenda des Forschungsteams „Religion, Konflikt und Politik“. Möglichkeiten und Grenzen einer regionalen Führungsrolle Irans werden im GIGA Forschungsschwerpunkt 4 „Macht, Normen und Governance in den internationalen Beziehungen“ untersucht.

■ GIGA-Publikationen zum Thema

Fürtig, Henner (2013), Iran: Nutznießer oder Leidtragender der arabischen Umbrüche?, in: Annette Jüemann und Anja Zorob (Hrsg.), *Arabellions: Zur Vielfalt von Protest und Revolte im Nahen Osten und Nordafrika*, Wiesbaden: Springer VS, 175-195.

Fürtig, Henner (2013), Juden im islamischen Iran – zwischen Diaspora und Patriotismus, in: Marc Föcking und Hans-Werner Götz (Hrsg.), *Ungläubige, Teufelsdiener, Abtrünnige ... Der Umgang mit Andersgläubigen in Geschichte und Gegenwart*, Münster: Lit Verlag, 151-171.

Fürtig, Henner (2012), Das postrevolutionäre Regime im Iran: Theokratie oder Republik?, in: Bernd Oberdorfer und Peter Waldmann (Hrsg., Autor), *Machtfaktor Religion. Formen religiöser Einflussnahme auf Politik und Gesellschaft*, Köln: Böhlau, 142-166.

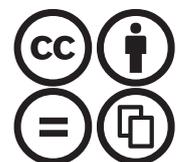
Fürtig, Henner (2012), *Mehr als nur Routine: Iran wählt ein neues Parlament*, GIGA Focus Nahost, 3, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/nahost>.

Borszik, Oliver (2011), „Islamisches Erwachen“ statt Selbstbefreiung: Irans Aneignungsversuche der arabischen Revolte, GIGA Focus Nahost, 3, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/nahost>.

Fürtig, Henner (2011), Religion, Politik und Charisma: Der „herrschende Rechtsgelehrte“ in Iran, in: Berit Bliesemann de Guevara und Tatjana Reiber (Hrsg.), *Charisma und Herrschaft: Führung und Verführung in der Politik*, Frankfurt (Main): Campus Verlag, 177-200.



Der GIGA Focus ist eine Open-Access-Publikation. Sie kann kostenfrei im Netz gelesen und heruntergeladen werden unter <www.giga-hamburg.de/giga-focus> und darf gemäß den Bedingungen der *Creative-Commons-Lizenz Attribution-No Derivative Works 3.0* <<http://creativecommons.org/licenses/by-nd/3.0/de/deed.en>> frei vervielfältigt, verbreitet und öffentlich zugänglich gemacht werden. Dies umfasst insbesondere: korrekte Angabe der Erstveröffentlichung als GIGA Focus, keine Bearbeitung oder Kürzung.



Das GIGA German Institute of Global and Area Studies – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt Focus-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost und zu globalen Fragen heraus. Ausgewählte Texte werden in der GIGA Focus International Edition auf Englisch und Chinesisch veröffentlicht. Der GIGA Focus Nahost wird vom GIGA Institut für Nahost-Studien redaktionell gestaltet. Die vertretenen Auffassungen stellen die der Autoren und nicht unbedingt die des Instituts dar. Die Autoren sind für den Inhalt ihrer Beiträge verantwortlich. Irrtümer und Auslassungen bleiben vorbehalten. Das GIGA und die Autoren haften nicht für Richtigkeit und Vollständigkeit oder für Konsequenzen, die sich aus der Nutzung der bereitgestellten Informationen ergeben. Auf die Nennung der weiblichen Form von Personen und Funktionen wird ausschließlich aus Gründen der Lesefreundlichkeit verzichtet.

Redaktion: Henner Fürtig; Gesamtverantwortliche der Reihe: Hanspeter Mattes und Stephan Rosiny

Lektorat: Silvia Bücke; Kontakt: <giga-focus@giga-hamburg.de>; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg